

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrike Schielke-Ziesing, Martin Sichert, René Springer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/12217 –**

Versorgungsausgleich und Altersvorsorge

Vorbemerkung der Fragesteller

Der familienrechtliche Versorgungsausgleich sieht grundsätzlich die hälftige Teilung der von den Eheleuten während der Ehezeit erworbenen Anrechte vor. Der Grundgedanke des Versorgungsausgleichs besteht darin, dass jeder Ehepartner zu gleichen Teilen von den während der Ehezeit erworbenen Anrechten profitieren soll, siehe der sog. Halbteilungsgrundsatz (vgl. auch § 1 Absatz 1 des Versorgungsausgleichsgesetzes – VersAusglG –, www.gesetze-im-internet.de/versausglg/).

Die Versorgung erfasst neben den Anrechten aus der gesetzlichen Rentenversicherung u. a. auch die Anrechte aus der Beamtenversorgung und betrieblichen Altersversorgung, vgl. dazu § 2 Absatz 1 VersAusglG und § 10 Absatz 1 VersAusglG i. V. m. Bundesversorgungsteilungsgesetz.

Der Versorgungsausgleich dient dem Zweck, die unterschiedlich hohen Versorgungsanwartschaften, die die Ehegatten während der Ehe erworben haben, auszugleichen. Er ist geprägt vom Grundsatz des sofortigen und endgültigen Vollzugs (vgl. BVerfG, Beschluss vom 11. Dezember 2014, 1 BVR 1485/12, RN 2).

Die Teilung der Anwartschaften im Zeitpunkt der Scheidung mit den sich daraus ergebenden versicherungsrechtlichen Folgen dient dazu, die vermögensrechtliche Auseinsetzung der geschiedenen Ehegatten mit der Scheidung abschließend zu regeln. Die endgültige versorgungsrechtliche Auseinsetzung der geschiedenen Ehegatten soll auch Klarheit darüber verschaffen, auf welcher Grundlage bereits vorhandener Versorgungsanwartschaften eine weitere Alterssicherung aufgebaut werden kann (vgl. VG Aachen, Urteil vom 13. März 2014, 5 K 1024/13, RN 41).

Das Versorgungsausgleichsgesetz erlaubt zur Vermeidung von besonderen Härtefällen unter ganz bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen von diesen Grundsätzen (vgl. auch § 32 ff. VersAusglG).

Mit dem Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr (BwAttrStG) wurde § 55 c des Soldatenversorgungsgesetzes (www.gesetze-im-internet.de/svg/_55c.html) reformiert, so dass die durch einen Versorgungsausgleich aufgrund Ehescheidung bedingte Kürzung des Ruhegehalts erst mit Erreichen der für Polizeivollzugsbeamte des Bundes bestehenden besonderen

Altersgrenze einsetzt (vgl. § 55 c Absatz 1 Satz 3 des Soldatenversorgungsgesetzes). Dies hat für Berufssoldaten zu einer Verbesserung bei der Durchführung des Versorgungsausgleichs geführt, denn die aufgrund der besonderen Altersgrenzen für den Ruhestand bisher bestehenden soldatenspezifischen Nachteile werden nun ausgeglichen (vgl. Wehrbeauftragten Jahresbericht 2016, S. 17, Bundestagsdrucksache 18/10900). Von der Neuregelung werden jedoch nicht die Soldaten erfasst, die nach dem Reformbegleitgesetz bzw. dem Streitkräftepersonalstruktur-Anpassungsgesetz vorzeitig ausgeschieden sind.

Im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD kündigen die Regierungsparteien die Einführung einer säulenübergreifenden Vorsorgeinformation an, damit die Bürger über ihre individuelle Absicherung im Alter Informationen aus allen drei Säulen erhalten und möglichen Handlungsbedarf erkennen können. Die säulenübergreifende Renteninformation soll unter Aufsicht des Bundes stehen (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, RN 4282 ff., www.bundesregierung.de/resource/blob/656734/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1). In diesem Zusammenhang ist der geplante Aufbau einer digitalen „Trägerübergreifenden Vorsorgeinformation“ einzuordnen (vgl. auch Bericht der GVG-Facharbeitsgruppe Trägerübergreifende Vorsorgeinformation (2019) der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e. V.). Das Projekt ist gegenwärtig immer noch in der Planungsphase.

Es gibt nach Ansicht der Fragesteller keine hinreichenden Daten zum Versorgungsausgleich. Aus Sicht der Fragesteller besteht insofern ein Interesse an einer weiteren Aufklärung. Soweit nicht anders angeführt, beziehen sich die erfragten Daten auf das Jahr 2018. Sollten diese Daten noch nicht vorliegen, so wird darum gebeten, die entsprechenden Daten für 2017 anzugeben und kenntlich zu machen.

1. Wie viele Versorgungsausgleichsverfahren wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) in den Jahren von 1992 bis 2018 durchgeführt?

Die angefragten Daten sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

Versorgungsausgleichsfälle nach dem Jahr der Rechtskraft der Entscheidung:

Jahr der Rechtskraft der Entscheidung	Anzahl
1992	121.777
1993	152.773
1994	169.855
1995	199.592
1996	211.204
1997	198.912
1998	222.358
1999	227.367
2000	219.089
2001	217.404
2002	219.516
2003	231.302
2004	245.895
2005	227.417
2006	217.020
2007	214.356
2008	209.233
2009	202.279
2010	201.283
2011	252.337
2012	266.727
2013	275.652
2014	243.815
2015	225.999
2016	210.838
2017	189.514
2018	176.885

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versorgungsausgleich 2018, Tabelle 001.00 E

2. Wie viele der zu Frage 1 angeführten Versorgungsausgleichsverfahren im Bereich der GRV erfolgten nach Kenntnis der Bundesregierung bei wechselseitig bestehenden Ausgleichsansprüchen der Betroffenen bezüglich ihrer Anrechte gegenüber der GRV?

Entsprechende Daten liegen in den Statistiken der gesetzlichen Rentenversicherung nicht vor. In der Versorgungsausgleichsstatistik der gesetzlichen Rentenversicherung ist nicht erkennbar, ob beide geschiedenen Ehegatten in der Ehezeit Anrechte aus der gesetzlichen Rentenversicherung erworben haben und diese entsprechend im Versorgungsausgleich geteilt wurden.

3. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung bei den zu Frage 1 angeführten Versorgungsausgleichsverfahren im Bereich der GRV der durchschnittliche Ausgleichswert in Entgeltpunkten (soweit möglich bitte nach den Geschlechtern m/w aufliedern)?

Die angefragten Daten sind den nachstehenden Tabellen zu entnehmen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Versorgungsausgleichsfälle: Anzahl und durchschnittlich übertragene Rentenanwartschaften (jn Entgeltpunkten) nach Ausgleichsarten (nur Fälle auf Grundlage des seit der Strukturreform des Versorgungsausgleichs im Jahr 2009 geltenden Rechts) sowie nach Jahr der Rechtskraft der Entscheidung – Frauen

Jahr der Rechtskraft der Entscheidung	Insgesamt (Mehrfachnennung möglich)	Abschlagsaus internen Teilung insgesamt	Zuschlagsfälle							Abschlagsaus internen Teilung insgesamt	Zuschlagsfälle								
			davon mit der Zuschlagsart								davon mit der Zuschlagsart								
			insgesamt	interne Teilung	externe Teilung	externe Teilung von Anrechten aus öffentl.-rechtl. Dienst-Verhältnis	Parteienvereinbarung (§§ 6-8 VersAusglG)	insgesamt	interne Teilung		externe Teilung	externe Teilung von Anrechten aus öffentl.-rechtl. Dienst-Verhältnis	Parteienvereinbarung (§§ 6-8 VersAusglG)	Durchschnittlich übertragene, begründete Rentenanwartschaft in Entgeltpunkten			Durchschnittlich übertragene, begründete Rentenanwartschaft in Entgeltpunkten		
														1	2	3	4	5	6
2009	146	57	89	84	-	5	-	1.6047	5,6382	4,9669	-	16,9159	-						
2010	58.069	19.312	38.757	37.032	366	1.797	28	2,5129	5,2278	4,5538	1,1117	17,7671	0,3582						
2011	157.741	54.695	103.046	98.380	1.408	4.890	94	2,5158	5,3408	4,6922	1,3816	16,4044	7,8042						
2012	170.636	61.132	109.504	104.545	1.823	5.196	159	2,4837	5,4027	4,7271	1,4370	17,1065	0,9898						
2013	177.402	63.704	113.698	108.268	2.095	5.674	148	2,6369	5,4659	4,7771	1,4644	17,0422	0,8466						
2014	155.145	56.176	98.969	94.026	2.273	5.088	144	2,5803	5,3703	4,7010	1,5133	16,3639	0,1320						
2015	138.450	48.663	89.787	84.840	2.348	5.052	177	2,7302	5,8148	5,0038	1,5469	18,1617	0,1044						
2016	125.944	43.429	82.515	78.003	2.602	4.499	237	2,7608	5,8737	5,0891	1,6320	18,1573	0,3521						
2017	111.888	38.323	73.565	69.448	2.757	4.024	261	2,7472	5,8707	5,1361	1,7365	17,3149	0,1420						
2018	103.740	35.777	67.963	64.182	2.622	3.723	200	2,7415	5,8269	5,1216	1,6718	16,7670	0,3796						

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung Versorgungsausgleichsfälle im Berichtsjahr 2018 und früher

Versorgungsausgleichsfälle: Anzahl und durchschnittlich übertragene Rentenanwartschaften (in Entgeltpunkten) der Bonusfälle nach Ausgleichsarten sowie nach Jahr der Rechtskraft der Entscheidung, Fälle nach vor der Strukturreform des Versorgungsausgleichs geltendem Recht – Frauen

Jahr der Rechtskraft der Entscheidung	Bonusfälle																	
	insgesamt	davon mit Ausgleichsart (Mehrfachnennungen möglich)								insgesamt	davon mit Ausgleichsart (Mehrfachnennungen möglich)							
		Splitting	Superbonus	Quasi-Splitting	Quasi-Splitting bei Kleinbe-trägen	Pauschalregelung	Nachversicherung	Beitragsentrichtung	Parteien-dis-Position		Splitting	Superbonus	Quasi-Splitting	Quasi-Splitting bei Kleinbe-trägen	Pauschalregelung	Nachversicherung	Beitragsentrichtung	Parteien-dis-Position
	Anzahl									Durchschnittlich übertragene, begründete Rentenanwartschaft in Entgeltpunkten								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1992	63.786	56.872	6.717	7.811	3.993	4	201	458	-	5,4144	4,5016	0,7335	10,4098	0,3202	7,2037	5,0485	1,7135	-
1993	79.041	71.136	8.840	9.201	5.566	4	244	599	1	5,3594	4,4506	0,7322	10,4767	0,3065	2,7026	5,3392	1,8696	5,8621
1994	86.365	78.035	8.876	9.763	5.585	2	171	587	1	5,1707	4,2602	0,7150	10,6721	0,3031	0,7257	4,7379	1,8399	0,2302
1995	98.286	90.170	8.906	9.586	5.890	7	200	589	-	4,7781	3,9598	0,6812	10,7418	0,2988	8,6477	3,7914	1,6199	-
1996	102.488	94.308	9.455	9.597	6.091	3	168	543	1	4,7544	3,9418	0,6748	10,9971	0,2935	0,9750	4,8065	1,8483	0,2124
1997	95.766	88.100	9.182	8.895	6.023	5	128	478	-	4,7720	3,9466	0,6521	11,2535	0,2925	2,1692	4,7349	1,7403	-
1998	103.008	94.411	10.768	10.019	6.860	5	106	459	-	4,9126	4,0880	0,6294	10,9770	0,3042	17,7646	4,2652	1,5224	-
1999	99.293	89.778	11.275	10.911	7.146	9	93	526	-	5,1263	4,1809	0,6418	11,2678	0,3087	4,6557	4,9365	1,4489	-
2000	95.830	86.832	11.478	10.453	6.773	2	58	466	-	5,1917	4,2365	0,6572	11,3834	0,3100	1,7491	5,5006	1,5078	-
2001	94.285	85.571	11.947	9.995	6.252	4	69	471	1	5,1963	4,2694	0,6577	11,3460	0,3316	3,3154	6,6135	1,6724	8,1079
2002	94.218	86.378	12.640	8.904	5.916	3	47	490	1	5,0526	4,2167	0,6439	11,2923	0,3471	8,1591	4,8053	1,6881	0,1787
2003	98.772	89.881	12.251	10.361	6.558	4	48	500	-	5,0967	4,2219	0,6766	10,8471	0,3565	0,2215	5,7444	1,2971	-
2004	104.411	94.332	17.415	12.639	7.835	13	58	738	-	5,4046	4,4349	0,6849	10,2518	0,3827	2,5650	6,5296	1,4013	-
2005	95.902	86.488	16.548	12.728	5.922	5	54	742	1	5,4816	4,4406	0,6977	9,9072	0,4573	1,4676	4,2534	1,4165	1,3983
2006	89.675	81.133	17.436	11.742	5.046	7	36	744	1	5,5342	4,4962	0,7104	9,8535	0,4622	1,8594	5,0133	1,1741	0,2472
2007	88.059	79.502	19.212	12.184	4.785	10	43	841	1	5,6524	4,5648	0,7214	9,6153	0,5047	5,4631	5,7430	1,3064	3,3766
2008	85.410	77.473	20.817	10.319	3.415	4	32	889	-	5,6566	4,6275	0,7163	10,3363	0,4951	1,0793	5,8916	1,3193	-
2009	81.916	74.085	21.490	9.325	2.859	8	33	879	-	5,7266	4,6721	0,7063	11,2307	0,5092	4,8532	2,4084	1,6980	-
2010	42.913	38.485	11.573	5.191	1.497	5	16	501	1	6,0255	4,7369	0,7335	12,6651	0,5457	2,1425	2,7242	2,3318	1,6077
2011	551	435	153	143	34	-	-	27	-	10,1549	7,1297	1,2217	14,9270	0,4729	-	-	-	5,7920
2012	116	83	36	42	9	-	1	8	-	13,1378	9,1244	1,3595	15,9409	0,5562	-	0,8048	-	5,2985
2013	59	44	10	20	6	1	-	2	-	9,3667	5,3747	1,1357	13,5236	0,4223	22,0765	-	-	4,8557
2014	21	14	4	10	-	1	-	-	-	8,4391	3,4351	0,9757	12,4200	-	1,0260	-	-	-
2015	13	9	2	5	2	-	-	-	-	8,1117	5,3210	1,8606	10,5352	0,5833	-	-	-	-
2016	23	17	2	10	-	-	-	-	-	8,4847	4,2400	0,7339	12,1601	-	-	-	-	-
2017	9	6	1	3	1	-	-	-	-	6,0968	2,0369	0,0785	14,0113	0,5369	-	-	-	-
2018	10	5	1	4	1	-	-	1	-	8,0565	3,9858	1,8752	14,1989	0,4316	-	-	-	1,5339

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung Versorgungsausgleichsfälle im Berichtsjahr 2018 und früher

Versorgungsausgleichsfälle: Anzahl und durchschnittlich übertragene Rentenanwartschaften (in Entgeltpunkten) der Malusfälle nach Ausgleichsarten sowie nach Jahr der Rechtskraft der Entscheidung, Fälle nach vor der Strukturreform des Versorgungsausgleichs geltendem Recht – Frauen

Jahr der Rechtskraft der Entscheidung	Malusfälle									
	insgesamt	davon mit Ausgleichsart (Mehrfachnennungen möglich)				insgesamt	davon mit Ausgleichsart (Mehrfachnennungen möglich)			
		Splitting	Supermalus	analoges Quasi-Splitting	Nachversicherung		Splitting	Supermalus	analoges Quasi-Splitting	Nachversicherung
	Anzahl					Durchschnittlich übertragene, begründete Rentenanwartschaft in Entgeltpunkten				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1992	4.865	4.821	231	3	25	1,2707	1,2446	0,5958	0,0132	1,7506
1993	6.485	6.413	357	-	14	1,2371	1,2094	0,6446	-	2,6113
1994	8.233	8.173	411	2	21	1,1935	1,1644	0,6105	0,0319	2,8048
1995	11.843	11.800	344	1	12	1,1022	1,0884	0,5526	0,0217	1,6160
1996	13.462	13.410	385	-	22	1,1312	1,1172	0,5565	-	1,4683
1997	13.002	12.947	441	-	19	1,1672	1,1496	0,5385	-	2,8698
1998	18.245	18.188	541	3	14	1,2873	1,2737	0,5023	0,0339	3,5511
1999	24.766	24.705	669	1	11	1,3601	1,3499	0,4795	0,0310	1,2862
2000	23.085	23.030	691	2	12	1,3961	1,3847	0,4485	0,0406	2,5430
2001	23.258	23.186	932	-	12	1,4484	1,4336	0,4612	-	1,3696
2002	23.564	23.502	1.069	2	5	1,4734	1,4564	0,4500	0,0491	1,8606
2003	25.297	25.214	1.235	1	9	1,5113	1,4978	0,3698	0,0093	0,8787
2004	27.326	27.197	2.063	-	9	1,6309	1,6098	0,3646	-	3,5353
2005	25.908	25.795	2.315	3	6	1,7128	1,6879	0,3485	0,5507	4,4532
2006	25.808	25.661	2.695	1	8	1,7654	1,7398	0,3364	0,0406	1,4250
2007	25.849	25.671	3.403	1	13	1,8240	1,7914	0,3309	1,0626	2,8134
2008	25.647	25.430	4.103	2	10	1,8704	1,8335	0,3211	0,0359	2,7331
2009	24.917	24.717	4.410	-	10	1,8767	1,8354	0,3095	-	3,1683
2010	14.444	14.318	2.563	-	4	1,9432	1,8985	0,3441	-	0,5983
2011	141	141	29	-	-	2,9095	2,8120	0,4742	-	-
2012	26	26	4	-	-	2,6210	2,5355	0,5555	-	-
2013	13	13	-	-	-	3,3887	3,3887	-	-	-
2014	8	8	1	-	-	3,2646	3,1606	0,8324	-	-
2015	4	4	1	-	-	7,9113	7,5439	1,4695	-	-
2016	5	5	3	-	-	3,3852	3,0473	0,5632	-	-
2017	1	1	-	-	-	0,3492	0,3492	-	-	-
2018	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung
Versorgungsausgleichsfälle im Berichtsjahr 2018 und früher

Versorgungsausgleichsfälle: Anzahl und durchschnittlich übertragene Rentenanwartschaften (jn Entgeltpunkten) nach Ausgleichsarten (nur Fälle nach dem seit der Strukturreform des Versorgungsausgleichs geltenden Recht) sowie nach Jahr der Rechtskraft der Entscheidung – Männer

Jahr der Rechtskraft der Entscheidung	Insgesamt (Mehrfachnennung möglich)	Abschlagsaus interner Teilung insgesamt	Zuschlagsfälle						Abschlagsaus interner Teilung insgesamt	Zuschlagsfälle					
			davon mit der Zuschlagsart							davon mit der Zuschlagsart					
			insgesamt	interne Teilung	externe Teilung	externe Teilung von Anrechten aus öffentl.-rechtl. Dienst-Verhältnis	Parteienvereinbarung (§§ 6-8 VersAusglG)			insgesamt	interne Teilung	externe Teilung	externe Teilung von Anrechten aus öffentl.-rechtl. Dienst-Verhältnis	Parteienvereinbarung (§§ 6-8 VersAusglG)	
Anzahl															
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13			
2009	140	80	60	60	-	1	-	4,6423	1,8557	1,8349	-	1,2487	-		
2010	54.043	35.203	18.840	18.117	200	712	27	4,4896	2,8443	2,4469	0,5062	11,5100	0,0994		
2011	147.828	93.596	54.232	52.097	612	2.091	65	4,6232	2,8746	2,4815	0,6111	11,1637	0,2594		
2012	161.070	99.757	61.313	58.939	801	2.266	117	4,6417	2,8322	2,4586	0,6976	11,4816	0,4797		
2013	167.651	103.063	64.588	61.944	1.103	2.389	107	4,6855	2,9773	2,6201	0,6560	11,6637	0,0538		
2014	147.308	89.730	57.578	55.012	1.182	2.273	109	4,5976	2,9613	2,5824	0,6499	11,7214	0,8659		
2015	131.165	81.124	50.041	47.434	1.527	2.070	148	4,8777	3,1066	2,7168	0,6620	12,0424	0,0399		
2016	119.713	74.789	44.924	42.402	1.682	1.798	154	4,9760	3,1499	2,7633	0,7167	12,6812	0,0489		
2017	106.734	66.626	40.108	37.487	1.898	1.749	202	5,0204	3,1469	2,7519	0,7156	12,3278	0,0351		
2018	98.896	61.546	37.350	34.789	1.939	1.639	154	5,0259	3,1525	2,7459	0,7580	12,6215	0,0401		

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung
Versorgungsausgleichsfälle im Berichtsjahr 2018 und früher

Versorgungsausgleichsfälle: Anzahl und durchschnittlich übertragene Rentenanswartschaften (in Entgeltpunkten) der Bonusfälle nach Ausgleichsarten sowie nach Jahr der Rechtskraft der Entscheidung, Fälle nach vor Inkrafttreten der Strukturreform geltendem Recht – Männer

Jahr der Rechtskraft der Entscheidung	Bonusfälle																	
	insgesamt	davon mit Ausgleichsart (Mehrfachnennungen möglich)								insgesamt	davon mit Ausgleichsart (Mehrfachnennungen möglich)							
		Splitting	Superbonus	Quasi-Splitting	Quasi-Splitting bei Kleinbe-trägen	Pauschalregelung	Nachversicherung	Beitragsentrichtung	Parteien-dis-Position		Splitting	Superbonus	Quasi-Splitting	Quasi-Splitting bei Kleinbe-trägen	Pauschalregelung	Nachversicherung	Beitragsentrichtung	Parteien-dis-Position
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1992	4.490	3.973	185	400	540	-	7	8	-	1.6066	1,1893	0,5055	5,6364	0,2101	-	2,7275	0,9674	
1993	6.102	5.394	282	567	792	-	10	17	-	1,6035	1,1462	0,5545	5,6876	0,1905	-	4,5616	1,4242	
1994	7.750	7.005	343	591	930	-	5	14	-	1,5025	1,1224	0,6149	5,6523	0,2007	-	4,7737	1,4417	
1995	10.949	10.159	284	625	1.024	-	11	12	-	1,3153	1,0336	0,5278	5,6036	0,1989	-	2,9656	1,0807	
1996	12.427	11.620	348	655	1.136	-	7	22	-	1,3196	1,0487	0,5451	5,7955	0,1779	-	1,5081	0,6818	
1997	12.229	11.319	405	787	1.073	-	7	14	-	1,4552	1,1195	0,5493	5,9568	0,1767	-	1,9319	0,8060	
1998	17.038	16.069	483	836	1.514	1	6	23	1	1,4637	1,2279	0,5234	5,5503	0,1786	2,3860	3,6095	0,6279	
1999	23.267	22.160	566	1.030	1.795	-	7	27	-	1,5063	1,3035	0,4821	5,3692	0,1744	-	2,1954	1,1589	
2000	21.981	20.845	626	1.033	1.773	-	6	24	-	1,5840	1,3570	0,4675	5,7041	0,1737	-	5,2379	0,3219	
2001	22.271	21.087	817	1.062	1.855	-	8	26	-	1,6307	1,3912	0,4358	5,8504	0,1887	-	2,0007	1,7379	
2002	22.519	21.447	999	951	1.798	1	1	41	-	1,6317	1,4195	0,4264	5,7186	0,1978	0,0183	4,5587	1,8092	
2003	24.579	23.296	1.152	1.134	2.439	3	2	54	2	1,6930	1,4592	0,3710	5,7970	0,2359	0,3635	2,4084	0,6673	
2004	26.986	25.313	1.926	1.570	3.582	4	5	68	1	1,8770	1,5780	0,3644	5,7104	0,2723	1,1156	3,4113	0,6324	
2005	25.714	24.099	2.201	1.711	3.257	7	3	82	-	1,9834	1,6655	0,3559	5,1807	0,3954	0,7768	7,4776	0,2034	
2006	25.691	24.170	2.583	1.804	2.997	9	3	103	2	2,0508	1,7199	0,3300	4,9941	0,3957	2,0339	0,6665	0,4610	
2007	25.811	24.257	3.324	1.872	2.943	5	8	107	2	2,1050	1,7729	0,3343	4,7189	0,4420	0,7786	1,9065	0,4557	
2008	25.615	24.218	3.928	1.648	1.945	4	4	120	1	2,1197	1,8190	0,3219	4,8930	0,4228	5,3620	3,5133	0,4542	
2009	24.905	23.544	4.202	1.459	1.602	5	3	88	-	2,1421	1,8335	0,3080	5,6038	0,3859	1,9871	9,0322	0,6157	
2010	14.520	13.794	2.469	819	845	2	1	40	-	2,2588	1,9043	0,3448	6,4886	0,3877	0,3478	0,5945	0,8724	
2011	191	163	27	27	15	-	-	1	-	3,8938	3,0302	0,3898	8,4158	0,7990	-	-	0,0578	
2012	45	43	4	3	3	-	-	-	-	4,2502	3,8953	0,5622	6,5266	0,6444	-	-	-	
2013	29	25	2	5	3	-	-	-	-	4,3946	3,5217	0,2252	7,4597	0,5504	-	-	-	
2014	15	14	1	3	2	-	-	-	-	6,1446	3,2807	0,8324	14,7280	0,6111	-	-	-	
2015	8	8	2	2	-	-	-	-	-	5,8472	4,9229	0,8021	2,8953	-	-	-	-	
2016	6	5	3	1	-	-	-	-	-	5,1711	4,9719	0,5632	4,4776	-	-	-	-	
2017	8	7	-	1	1	-	-	-	-	4,8740	2,7122	-	19,8228	0,1833	-	-	-	
2018	7	6	-	1	-	-	-	-	-	5,0552	5,1511	-	4,4798	-	-	-	-	

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung
Versorgungsausgleichsfälle im Berichtsjahr 2018 und früher

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Versorgungsausgleichsfälle: Anzahl und durchschnittlich übertragene Rentenanwartschaften (in Entgeltpunkten) der Malusfälle nach Ausgleichsarten sowie nach Jahr der Rechtskraft der Entscheidung, Fälle nach vor der Strukturreform des Versorgungsausgleichs geltendem Recht – Männer

Jahr der Rechtskraft der Entscheidung	Malusfälle									
	insgesamt	davon mit Ausgleichsart (Mehrfachnennungen möglich)				insgesamt	davon mit Ausgleichsart (Mehrfachnennungen möglich)			
		Splitting	Supermalus	analoges Quasi-Splitting	Nachversicherung		Splitting	Supermalus	analoges Quasi-Splitting	Nachversicherung
	Anzahl					Durchschnittlich übertragene, begründete Rentenanwartschaft in Entgeltpunkten				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1992	48.636	48.261	5.273	18	329	4,3490	4,2822	0,7274	0,0710	3,0923
1993	61.145	60.620	6.996	23	433	4,2986	4,2332	0,7194	0,0916	2,7381
1994	67.507	67.099	7.251	16	342	4,1123	4,0486	0,6965	0,1872	2,6229
1995	78.514	78.121	7.274	19	324	3,8199	3,7672	0,6658	0,1860	2,3988
1996	82.826	82.468	7.902	25	322	3,8042	3,7495	0,6495	0,0595	2,2939
1997	77.915	77.634	7.709	13	241	3,8370	3,7791	0,6310	0,0683	2,9283
1998	84.066	83.823	9.231	26	191	3,9924	3,9322	0,6053	0,1246	2,2423
1999	80.041	79.779	9.782	17	194	4,0976	4,0301	0,6110	0,1404	2,4546
2000	78.193	78.009	9.987	12	106	4,1694	4,0956	0,6318	0,1142	2,0455
2001	77.590	77.399	10.560	15	118	4,1973	4,1174	0,6281	0,2395	2,9643
2002	79.210	78.984	11.246	13	118	4,1500	4,0703	0,6192	0,0742	2,2740
2003	82.647	82.440	11.078	15	87	4,1677	4,0887	0,6468	0,1278	2,4681
2004	87.160	86.858	15.695	22	106	4,3945	4,2834	0,6642	0,3027	5,1226
2005	79.888	79.565	15.001	12	101	4,4334	4,3195	0,6776	0,1206	3,1731
2006	75.836	75.505	16.049	13	91	4,4886	4,3586	0,6879	0,3727	2,8684
2007	74.629	74.233	17.861	14	68	4,5944	4,4468	0,7027	0,1605	3,3084
2008	72.549	72.080	19.189	6	76	4,6650	4,5053	0,7009	0,1520	3,2186
2009	70.324	69.827	20.104	7	58	4,7101	4,5451	0,6837	0,1546	2,0251
2010	36.520	36.235	10.816	7	30	4,7766	4,6005	0,7098	0,1469	2,1282
2011	377	371	135	-	-	7,3571	7,0411	1,1956	-	-
2012	77	75	29	-	1	8,5877	8,2656	1,3974	-	0,8048
2013	32	32	5	-	-	5,4146	5,2045	1,3443	-	-
2014	12	12	5	-	-	4,8556	4,5190	0,8079	-	-
2015	14	14	3	-	-	5,9183	5,6508	1,2483	-	-
2016	10	9	2	-	-	2,8629	3,0563	0,5610	-	-
2017	3	3	1	-	-	3,8888	3,8627	0,0785	-	-
2018	4	4	-	-	-	5,4714	5,4714	-	-	-

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung

4. Wie viele Versorgungsausgleichsverfahren wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich der Beamtenversorgung (Bund) in den Jahren von 1992 bis 2018 durchgeführt?

Hierzu wird leider keine zentrale Statistik geführt, die zur Beantwortung der Frage ausgewertet werden könnte. Deshalb beschränkt sich die Beantwortung auf die Fallzahlen aus dem Jahr 2018, auf die sich die Kleine Anfrage laut Vorbemerkung der Fragesteller grundsätzlich bezieht.

Im Kalenderjahr 2018 wurde im Bundesbereich in der Beamtenversorgung in 1 821 Fällen ein Versorgungsausgleich durchgeführt.

5. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung bei den zu Frage 4 angeführten Versorgungsausgleichsverfahren im Bereich der Beamtenversorgung (Bund) der durchschnittliche Ausgleichswert (soweit möglich bitte nach den Geschlechtern m/w auflgliedern)?

Der jeweilige Ausgleichswert hängt von individuellen Faktoren ab (z. B. Dauer der Ehezeit, Höhe der Besoldung) und wird im familiengerichtlichen Verfahren jeweils festgelegt. Eine statistische Auswertung die der Beantwortung der Frage zugrunde gelegt werden könnte, findet leider nicht statt.

6. Wie viele Versorgungsausgleichsverfahren wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich der Soldatenversorgung (Soldatenversorgungsgesetz – SVG) in den Jahren von 1992 bis 2018 durchgeführt?

In 2018 wurden für den Bereich der Soldatenversorgung 711 Verfahren im Rahmen einer Erstentscheidung über den Versorgungsausgleich durchgeführt; siehe im Übrigen zur Eingrenzung des Zeitraumes die Antwort zu Frage 4.

7. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung bei den zu Frage 6 angeführten Versorgungsausgleichsverfahren im Bereich der Soldatenversorgung der durchschnittliche Ausgleichswert (soweit möglich bitte nach den Geschlechtern m/w auflgliedern)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

8. Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Gruppe von Soldaten, die nach dem Reformbegleitgesetz oder dem Streitkräftepersonalstruktur-Anpassungsgesetz vorzeitig ausgeschieden sind und für die ein Versorgungsausgleich durchgeführt wurde und die ggf. durch eine nachträgliche Einbeziehung in § 55c Absatz 1 Satz 3 SVG begünstigt würden (Kürzung des Ruhegehalts erst mit Erreichen der für Polizeivollzugsbeamte des Bundes bestehenden besonderen Altersgrenze; ggf. bitte schätzweise Angaben machen)?

Von der Frage sind aktuell 661 Soldatinnen und Soldaten erfasst.

9. Wie viele Anträge auf eine nachträgliche Anpassung bzw. Abänderung wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Familiengerichten und Versorgungsträgern jeweils in den Jahren 2010 bis 2018 gestellt?

Die Zahl der in den Jahren 2010 bis 2018 bei den Familiengerichten gestellten Anträge auf Abänderung einer Entscheidung zum Versorgungsausgleich lässt sich der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Rechtspflegestatistik „Familiengerichte“ (Fachserie 10, Reihe 2.2; abrufbar unter www.destatis.de) nicht entnehmen. Ein Abänderungsantrag leitet ein selbständiges Verfahren über den Versorgungsausgleich ein, das in der Statistik nicht gesondert erfasst wird. Erfasst wird unter anderem die Gesamtzahl der Versorgungsausgleichssachen bzw. Familiensachen im engeren Sinne (ohne abgetrennte Folgesachen, einstweilige Anordnungen, Abhilfeverfahren und Lebenspartnerschaftssachen) (vgl. a. a. O, Tabelle 2.1.).

Zu den Anpassungsverfahren nach den §§ 32 ff. des Versorgungsausgleichsgesetzes gibt es ebenfalls keine zentrale Statistik, die der Beantwortung zugrunde gelegt werden könnte. Sofern Anpassungsanträge bei der Beamtenversorgung des Bundes und der Soldatenversorgung gestellt wurden, ließen sich für das Jahr 2018 über eine elektronische Abfrage 322 Fälle ermitteln.

10. Inwiefern kann aus Sicht der Bundesregierung eine Beschleunigung des Versorgungsausgleichs bei der Auskunftseinholung bei den verschiedenen Versorgungsträgern ermöglicht werden, etwa durch eine elektronische Übermittlung von Daten zum Versorgungsausgleich an die Familiengerichte, bzw. welche konkreten Maßnahmen und Planungen gibt es dazu bereits?

Das Familiengericht setzt den Versorgungsträgern für die Auskunftserteilung in der Regel Fristen. Teilweise sind dabei Rückfragen der Versorgungsträger bei der versorgungsberechtigten Person erforderlich. Die Berechnung des Ehezeitanteils und des Ausgleichswerts erfordert bei Beamtinnen und Beamten bzw. Berufssoldatinnen und Berufssoldaten die manuelle Auswertung der jeweiligen Personalakte. Eine Beschleunigung in diesem Verfahren ist durch den Einsatz von IT nicht möglich.

§ 229 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) ermöglicht zudem bereits den elektronischen Rechtsverkehr zwischen den Familiengerichten und den Versorgungsträgern. Damit besteht bereits eine gesetzliche Grundlage für den elektronischen Datenaustausch.

11. Inwiefern sieht die Bundesregierung auch Möglichkeiten zur Mitnutzung der noch aufzubauenden „trägerübergreifenden Vorsorgeinformation“ für den Versorgungsausgleich, ggf. in einer späteren, nachgelagerten Ausbaustufe, und was wird die Bundesregierung für eine Umsetzung einer solchen Nutzungsanforderung tun?

Die Einführung einer säulenübergreifenden Altersvorsorgeinformation ist derzeit noch in der Entwicklungsphase. Vorrangiges Ziel des Vorhabens ist es, den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, sich über ihre individuelle Absicherung in allen drei Säulen der Altersvorsorge zu informieren. Inwieweit die Informationen in einer späteren Ausbaustufe der Umsetzung des Vorhabens für das familiengerichtliche Versorgungsausgleichsverfahren genutzt werden könnten, kann derzeit nicht beurteilt werden.

